



Jugendkongress 2005

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 02.12.2005

Ltg.-540/E-1/10-2005

R- u. V-Ausschuss

Forderungen
des
Jugendkongresses vom 30. November 2005
an den Landtag von Niederösterreich

Die Teilnehmer des NÖ Jugendkongresses 2005 haben sich in den Arbeitskreisen mit den nachfolgenden Themen auseinander gesetzt und nach Beratungen im Plenum beschlossen:

Arbeitskreis 1

Manipulation durch Sekten

- Sektenaufklärung soll in den Lehrplan ab der 4. Klasse Volksschule verpflichtend aufgenommen werden. Dabei soll auf Gefahren und Problematik von Sekten hingewiesen werden.
- Methoden für die Aufklärung über Sekten in Schulen wären beispielsweise:
 - Einladung von Betroffenen, die im Unterricht ihre Erfahrung mit den Sekten darstellen
 - Buchempfehlungen
 - Einladung von unabhängigen ExpertInnen
 - Aktionstage und projektbezogenes Arbeiten

- Für jene, die sich vom Religionsunterricht einer anerkannten Kirche abmelden, soll es möglich sein, Ethikunterricht zu besuchen. Zusätzlich sollte der Ethikunterricht auch als Freifach für jene angeboten werden, die einen Religionsunterricht besuchen.
- Das Thema „Sekten“ soll in der LehrerInnenfortbildung verstärkt angeboten werden. Für VertrauenslehrerInnen sollte dies verpflichtend sein.
- Schaffung von freiwilligen Angeboten für mit Erziehungsaufgaben beauftragte Personen, damit diese in religiösen und ethischen Fragen die Kompetenz erlangen, ihre Kinder zu erziehen. Das könnte in bestehende Angebote, z.B. NÖ Elternschule, integriert werden.
- Für die Förderung eines sinnvollen Freizeitverhaltens sollen bestehende Angebote für Jugendliche (ausgenommen politische und religiöse Gruppierungen) verstärkt gefördert werden.
- Die Sektenbekämpfung soll nicht nur personenbezogen, sondern auch strukturbezogen durchgeführt werden (z.B. Armut, Jugendarbeitslosigkeit, ...).

Arbeitskreis 2

Jugend und Alkohol

Werbung:

Forderung, Beschränkungen der Werbung für Alkohol einzuführen und aufklärende Antiwerbungskampagne zu finanzieren.

Jugendarbeit:

Forderung, einen fairen Mindestprozentsatz vom Budget der Gemeinden zur Verfügung zu stellen, welcher von den JugendkoordinatorInnen gemeinsam mit den Jugendlichen verwaltet wird, damit sinnvolle Freizeitalternativen auf kommunaler Ebene durchgeführt werden können.

Information:

Forderung, Jugendinfostellen zu gründen bzw. zu bewerben, die offen, für jeden zugänglich und nicht belehrend wirken. Infomaterial sollen angefertigt und direkt an die SchülerInnen verteilt werden. Schweigepflicht für beratende Personen, Jugendliche sollen anonym bleiben können.

Kontrollen:

Die Kontrollen der Einhaltung des Jugendgesetzes, besonders im Hinblick auf Alkoholabgabe, sollen erhöht werden.

Prävention:

Die fachlich kompetente Prävention in Schulen soll gesteigert, verpflichtend und kontinuierlich durchgeführt werden. Umsetzung des bereits beschlossenen Lehrlingsausbildungsfonds. Abschaffung der Bildungsbarrieren „Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen“.

Preisgestaltung:

Der Unterschied zwischen alkoholischen und antialkoholischen Getränken sollte größer werden. Wie dies genau durchgeführt wird, soll eine ExpertInnengruppe klären.

Arbeitskreis 3

Gesellschaftliche Entwicklungen und Drogen

- Verstärkung und laufende Evaluierung der Suchtpräventionspeers an Schulen.
- Öffentlichkeitsarbeit in Form von Broschüren und Zeitungsartikeln über Projekte und Evaluierungen breit gestreut.
- Bessere psychologische und pädagogische Ausbildung der LehrerInnen und KindergärtnerInnen, wobei nicht die/der LehrerIn als Ansprechperson dienen soll, sondern ein/e nicht schulbezogene/r Berater/in.
- Nein zu Drogentests im öffentlichen Raum (z.B. Schulen), Prävention statt Strafe (z.B. Schulsozialarbeit) – (Bundesgesetzgeber!!).
- Verstärkte Förderung von Lehrstellenangeboten.
- Präventive Aufklärung durch das Land NÖ mit Hilfe von ExpertInnen, Eltern und auch Freunden. Die Unterstützung soll auch im Akutfall gewährleistet sein.
- Statt Geld für höhere Konsequenzen (Strafen) – mehr Geld für die Suchtvorbeugung, Hilfsangebote und Therapien.
- Zusätzlich zum Jugendgemeinderat eine/n Jugendliche/n in den Gemeinderat einsetzen.
- Beratungsstellen, die gezielt und flächendeckend auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen und niederschwellig sind.
- Einhaltung von Rahmenbedingungen, wie Vereinbarung von Anonymität und Verschwiegenheitspflicht, im Zuge von Veranstaltungen, Schulen & Arbeitsplätzen (Gesprächen).
- Beratungsstelle statt Amtsarzt – Helfen statt strafen (Bundesgesetzgeber!!).
- Verstärkte Ursachenforschung, um Problem an der Wurzel packen zu können.
- Mehr Geld für Jugendarbeit (Streetwork, Jugendzentren, Räume, Workshopangebote – Bsp. Jugend in Wien) unter Einbindung der Jugend.

Arbeitskreis 4

Umgang mit Drogensucht zwischen Repression und Toleranz

ENTKRIMINALISIERUNG DES GELEGENTLICHEN CANABISKONSUMS

- Keine Drogentests an Schulen
- Keine behördlichen Konsequenzen

„THERAPIE STATT STRAFE“ - FÜR ALLE DROGEN

- Konsequente Anwendung der bestehenden Regelungen

PRÄVENTION

- Mehr Mittel für Beschäftigung und Ausbildung
- Mehr Therapieplätze
- Mehr schulpsychologische Betreuung
- Verpflichtende Sensibilisierung in Form von Workshops für PädagogInnen
- Umsetzung des beschlossenen Lehrlingsfonds zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit
- Freier Zugang an Universitäten

KONTROLLIERTE ABGABE IN APOTHEKEN AB DEM 18. LEBENSJAHR

STRENGERE KONTROLLE DER ABGABE VON ALKOHOL

KLARES GESETZ FÜR DEN CANABIS-VERKAUF (Shops)

- Konsequente Anwendung der bestehenden Regelungen